

*Andreas Troge*

Trotz schwieriger Bedingungen Vieles auf den Weg  
gebracht

Blicke ich auf sieben Jahre rot-grüne Umweltpolitik zurück, fällt mir als Erstes ein: Die Umweltpolitik ist seit 1998 stetiges Thema in der Öffentlichkeit und in den Massenmedien. Über den Umweltschutz wurde geschrieben, diskutiert, gestritten: der Ausstieg aus der Nutzung der Kernenergie, das Dosenpfand, die Ökologische Steuerreform, das Hochwasser – das sind wohl die prominentesten Themen gewesen. Hinzu kommen viele Einzeldebatten über Sinn und vermeintlichen Unsinn umweltpolitischer Maßnahmen sowie über die Ziele und den Nutzen längerfristigen umweltpolitischen Engagements, wie etwa im Klimaschutz und in der Energiepolitik.

Die Qualität dieser Diskussionen und den Stellenwert der Ergebnisse der Umweltpolitik kann man unterschiedlich bewerten. Eines aber kann, ja muss man festhalten: Der Umweltschutz ist in den vergangenen Jahren als Thema nicht untergegangen. Ich verkenne nicht, dass der Umweltschutz im Auf und Ab der tagesaktuellen Themen an Aufmerksamkeit eingebüßt hat. Es ist klar, dass in der Umbruchsituation, in der sich Deutschland seit einigen Jahren befindet, Themen wie die wirtschaftliche Entwicklung, Arbeitslosigkeit oder die soziale Sicherung ganz oben auf der Agenda stehen. Aber der Umweltschutz ist keineswegs „out“. Das belegen übrigens auch die Umfragen zum Umweltbewusstsein in Deutschland, die das Umweltbundesamt in den Jahren 2000, 2002 und 2004 hat durchführen lassen.

Wir Umweltschützer neigen gelegentlich zu einer ökozentrierten Weltsicht. Überzeugt von der Bedeutsamkeit der eigenen Ziele und des eigenen Wirkens, wird mit größter Besorgnis registriert, wenn das Thema Umweltschutz an Aufmerksamkeit verliert. Schließlich ist es doch wichtig, dass wir etwas für Mensch und Umwelt tun ...

Dass andere Themen die Menschen unmittelbarer bedrücken, gerät bisweilen in Vergessenheit. Dieser „blinde Fleck“ in der eigenen Wahrnehmung ist nichts Schlimmes. Doch tut es im Allgemeinen gut, gelegentlich etwas Abstand zum eigenen Tun zu halten, sich – gewissermaßen – „zu erden“. Dass das Thema Umweltschutz heute in der Regel weniger aufgeregt und moralisch aufgeladen behandelt wird, ist auch nicht nur von Nachteil. Im Gegenteil: Es eröffnet Chancen für eine neue Qualität, eine neue Rationalität und mehr Nüchternheit in der Debatte über einzelne Themen – insbesondere über das Verhältnis von Ökonomie und Ökologie.

### *Nachhaltigkeit – ein wichtiges Thema*

Der Umweltschutz bleibt also weiterhin auf der Tagesordnung der öffentlichen Diskussionen – mitunter sogar an einer Top-Position. Ein zweiter grundlegender Fortschritt der vergangenen sieben Jahre war es, dass das Thema Nachhaltigkeit fester Bestandteil der Politik geworden ist. Nicht nur, dass die Bundesregierung den Rat für Nachhaltige Entwicklung berufen hat, der dazu beiträgt, dass das Thema Nachhaltigkeit aus den Fachkreisen in eine breitere Öffentlichkeit getragen wird. Besonders wichtig ist, dass man sich auf eine Nationale Nachhaltigkeitsstrategie verständigt hat – über die verschiedenen Ressorts hinweg, mit klaren Zielen und Zeithorizonten. Das ist ein Novum und ein echter Erfolg. Nun heißt es: nicht nachlassen und auf dem Pfad zu einer dauerhaft umweltgerechten Entwicklung mutig vorangehen.

Ein dritter Erfolgspunkt ist, dass der Umweltschutz heute fester in anderen Politikfeldern verankert ist als noch vor Jahren. In der Bundesregierung denken Ressorts stärker und schon zu Beginn ihrer Initiativen an den Umweltschutz – obwohl nicht immer gleich in umweltschützerischer Absicht. Denn wahr ist, dass der Gegendruck zur Umweltvorsorge durch die wirtschaftliche Situation gewachsen ist. Die Angriffe auf den vermeintlichen „Konjunkturkiller“ Umweltschutz kennen wir aus den siebziger Jahren. Hier gilt es, mit kühlem Kopf gegenzuhalten. Denn die Argumente für aktiven Umweltschutz sind – selbst in der jetzigen Situation – recht belastbar.

Eine Konsequenz der stärkeren Verankerung des Umweltschutzes als Querschnittsthema der Regierung ist, dass die Politik zu-

nehmend Instrumente einsetzt, deren Fokus nicht auf technischen Aspekten, sondern auf der Änderung von Verhalten liegt. Ich denke hier insbesondere an die Ökologische Steuerreform und die Lkw-Maut. Doch abgesehen von diesen grundlegenden Erfolgen, stellt sich natürlich auch die Frage, wie denn die Bilanz bei den vielen Einzelthemen aussieht?

Aus meiner Sicht lässt sich keine Bilanz ziehen nach dem einfachen Motto: „War alles gut“ oder „War alles schlecht“. Und ein Abgleich von „Gewollt“ und „Erreicht“ verstellt den Blick für die Bedingungen, unter deren Einfluss sich Umweltpolitik behaupten muss. Daher richte ich meinen Blick auf die allgemeinen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen, die erheblichen Einfluss auf die Umweltpolitik haben. An einigen Beispielen lässt sich sehr gut darstellen, wo die Umweltpolitik der Bundesregierung seit 1998 erfolgreich war, welche Hürden einer erfolgreichen Umweltpolitik im Weg stehen, und auch, wo die Chancen neuer Themen liegen.

Niemand wird bezweifeln, dass sich das Umfeld des Umweltschutzes in den vergangenen zehn Jahren massiv verändert hat: in der Welt, in Europa und im eigenen Land. Die Welt ist in den vergangenen zehn Jahren politisch und wirtschaftlich enger zusammengerückt. So gibt es weniger Handelsschranken im Kapitalverkehr, bei Waren und Dienstleistungen – nicht nur wegen des Europäischen Binnenmarktes, sondern auch, weil die Handelsliberalisierung im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) voranschreitet und deren Mitgliedschaft größer wurde – ein Beispiel ist China. Eine Konsequenz daraus ist, dass es zwischen den Ländern einen intensiveren Standortwettbewerb gibt.

Für den Umweltschutz hat diese Globalisierung Folgen: Es gibt nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch ein wachsendes, handlungsorientiertes „Eine-Welt-Denken“. Daraus resultieren unter anderem mehr globale Umweltabkommen, etwa im Klimaschutz, bei der Biodiversität und der Chemikaliensicherheit.

### *EU-Erweiterung: Chance für den Umweltschutz*

Eine wichtige Entwicklung, die unmittelbaren Einfluss auf die Umweltpolitik hat, ist das Zusammenwachsen Europas und die Erweiterung der Europäischen Union. Die politische – und damit

auch die umweltpolitische – Musik spielt heute zum großen Teil in Brüssel. Europa hat in den vergangenen Jahren erhebliche Fortschritte bei der Schaffung des Binnenmarktes gemacht. Es gibt eine einheitliche Währung. Wir verfolgen die so genannte Lissabon-Strategie, deren Ziel es ist, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten Wirtschaftsraum der Welt zu machen. Wir erleben damit zugleich, dass die Konkurrenz der Staaten um die Gunst der Unternehmen innerhalb der EU gewachsen ist.

Mit der Erweiterung der EU vergrößert sich – was vielfach verkannt wird – auch der umweltpolitische Horizont. Wir haben inzwischen das größte Umweltprogramm im Nachkriegseuropa gestartet und damit die Chance, die Lebensbedingungen von Millionen Menschen Schritt für Schritt spürbar zu verbessern. Und wir haben eine EU-Nachhaltigkeitsstrategie mit klaren Perspektiven, die eine große Chance für eine umweltverträgliche Wohlfahrtsentwicklung ist.

Es ist auch offensichtlich, dass die Brüsseler Umweltpolitik in den 1990er Jahren anspruchsvoller wurde. Ein Beispiel dafür ist die Neuorientierung der EU-Chemikalienpolitik, deren Konzipierung 1998 mit der massiven Unterstützung seitens der Bundesregierung begann. Über diese Neuorientierung zu streiten und zu versuchen, sie aufzuweichen, gehört zum politischen Geschäft. Dass eine solche Neuorientierung aber im Kern mittlerweile von allen beteiligten Akteuren – auch den Wirtschaftsverbänden – als notwendig erachtet und unterstützt wird, zeigt: Der Schutz des Menschen und der Umwelt hat in Europa heute Gewicht. Was vor zwei Jahrzehnten noch bloße Forderung anspruchsvoller Umweltschützerinnen und Umweltschützer war, ist heute offizielles Programm.

### *EU-Umweltpolitik ist anspruchsvoll*

Seit Anfang der 1990er Jahre gibt es in der EU eine immer stärker zielorientierte Umweltpolitik, mit Umweltqualitäts- und Umweltschutzzielen. Diese sind in konkrete Beiträge einzelner Verantwortungsgruppen aufgeschlüsselt und haben klare Fristen. Beispiele dafür sind die zurzeit sehr intensiv diskutierte EU-Feinstaub-Richtlinie und die Diskussion über Grenzwerte für den Schadstoffausstoß von Pkw und Lkw.

Deutschland spielt im umweltpolitischen Konzert in Brüssel eine wichtige Rolle. Viele Themen wurden von Bonn bzw. Berlin angestoßen. Neben der Chemikalienpolitik gehört Deutschland auch beim Klimaschutz, der Energiepolitik und der Luftreinhaltung zu den Triebkräften in Europa. Umweltbelastungen machen nicht an Staatsgrenzen Halt. Doch das bedeutet nicht, dass nationale Umweltpolitik heute weniger sinnvoll oder auch nur weniger möglich sei. Woher sollte sonst die Kraft der EU und der internationalen Staatengemeinschaft für den Umweltschutz kommen, wenn nicht aus ökologisch und ökonomisch erfolgreichen Innovationen innerhalb der Staaten?

### *Gegenwind für den Umweltschutz*

In Deutschland sehe ich derzeit zwei interessante Entwicklungen mit Einfluss auf die Umweltpolitik. Die erste Entwicklung: Die Anfang der 1980er Jahre aufgekommene Diskussion um den „Wirtschaftsstandort Deutschland“ wird seit Mitte der 1990er Jahre zur „Umhüllenden“ praktisch aller politischer Handlungsfelder. Kurzfristige Kostenargumente dominieren gegenüber weiteren Umweltschutzmaßnahmen. Die jetzt und zukünftig verstärkt anfallenden Kosten unterlassenen Umweltschutzes geraten dagegen in den Hintergrund. Damit droht eine wichtige Lehre des Umweltschutzes aus den 1970er und 80er Jahren verloren zu gehen: dass nämlich Umweltschutz Investitionscharakter hat – auch in den Wirtschaftsstandort Deutschland, der EU und global.

Hinzu kommt, dass immer lauter und in den Argumenten immer schlichter gefordert wird – insbesondere seitens der Wirtschaftsverbände –, Vorschriften im Umweltbereich abzubauen. Zwar will niemand überflüssige Vorschriften, und ein nüchternes Durchforsten von Regeln, Zuständigkeiten und Abläufen ist zu begrüßen und findet ja zum Teil auch statt. Ich habe aber den Eindruck, dass unter dem Deckmantel des geforderten Bürokratieabbaus massiv Errungenschaften des Umweltschutzes zurückgefahren werden sollen. Das wäre – auch ökonomisch – kurzsichtig, denn erstens sind gute Umweltbedingungen auch ein positiver Standortfaktor; zweitens sind die Kosten unterlassenen Umweltschutzes aller Erfahrung nach größer als die der Prävention. Schließlich: Wer weniger Gesetze im Umweltschutz fordert, müsste mit gleicher Inbrunst ei-

ner stärkeren Verantwortung das Wort reden, genauer: einer verschärften Haftung der Verursacher. Doch beim Thema Haftung geben sich die Wirtschaftsverbände schmallippig.

### *Positive Signale durch Ökosteuer und Lkw-Maut*

Die zweite Entwicklung: Umweltpolitik ist in ihrem Anspruch, den Umweltschutz in andere politische Handlungsfelder zu integrieren, vorangekommen. Das ist auch ein Verdienst der rot-grünen Bundesregierung. Als Beispiel dafür nenne ich nur die Bereiche Klimaschutz, Energie, Verkehr. Die Umweltpolitik hat in ihren neu erschlossenen Handlungsfeldern ihr „Spielbein“ von technisch orientierten Vorgaben für einzelne Verursacher auf breit angelegte Verhaltensanreize verlagert. Beispiele dafür sind die Ökosteuer oder die Lkw-Maut, die einem ursachen-therapeutischen Ansatz folgen. Sie integrieren damit den Umweltschutz in die Wirtschaftsordnung, statt technische Vorgaben als Surrogat für Verhaltensänderungen zu setzen.

Nun mag man einwenden, dass die Lkw-Maut viel zu spät kam und – wie die Ökosteuer auch – nicht die bestmögliche Form hat. Natürlich wünschen wir Umweltschützer uns eine weitergehende und höhere Maut. Natürlich wäre es gut, hätte es weniger Ausnahmen von der Ökosteuer gegeben. Aber die Tatsache, dass beide Abgaben trotz massivster Widerstände überhaupt eingeführt worden sind, ist ein echter Erfolg. Die Ökologische Steuerreform ist die Basis für eine umfassende Ökologische Finanzreform, zu der auch die Streichung umweltschädlicher Subventionen und die Orientierung der Staatsausgaben an ökologischen Kriterien gehören. Hier am Ball zu bleiben, ist wichtig.

Was bedeuten nun diese globalen, europäischen und nationalen Entwicklungen für die derzeitige und die zukünftige Umweltpolitik? Dazu drei Thesen:

1. Umweltschutz braucht heute mehr als in den zurückliegenden Jahrzehnten klare Qualitätsziele, die in bestimmten Zeiträumen zu erreichen sind. Das „Was und Warum?“ ist nicht nur Voraussetzung, um im globalen und europäischen Umweltschutz bestehen zu können, sondern auch für die Integration des Umweltschutzes in andere Politikfelder in Deutschland.

2. Umweltqualitätsziele brauchen Begründungen, die rational nachvollziehbar sind und emotional ansprechen, um – jenseits der „Fachschaften“ – in breiten Bevölkerungskreisen auch dann Unterstützung zu finden, wenn die aus den Zielen resultierenden Anpassungserfordernisse deutlich werden. Zu diesem Zweck müssen wir Umweltschützer uns mehr Gedanken über die Kommunikation unserer Themen machen. Will sagen: Wir müssen stärker darauf achten, mit unseren Botschaften die richtigen Zielgruppen anzusprechen und allen klar zu machen, welchen Nutzen sie von der Umweltpolitik haben.
3. Umweltschutz muss auf seinem Investitionscharakter bestehen – ähnlich wie es die Bildungspolitik sehr zu Recht tut: „Was wird mit unseren natürlichen Lebensgrundlagen zukünftig passieren, wenn wir heute nichts Durchgreifendes tun, um sie zu erhalten?“ – dies ist die entscheidende Frage und nicht die Frage: „Was kostet Umweltschutz heute?“

Dass Umweltschutz in der Regel auch mehr Beschäftigung bedeutet, ist positiv – nicht nur für diejenigen, die auf diese Weise einen sicheren Arbeitsplatz haben oder bekommen. Dennoch: Obwohl nahe liegend und hilfreich, darf dieses Argument allein nicht den Umweltschutz begründen. Aufwendungen für den Umweltschutz sind auch Folge überbeanspruchter natürlicher Lebensgrundlagen. Sie wirken nur wegen dieser Überbeanspruchung wohlfahrtssteigernd. Und: Wie viel Wertschöpfung in Deutschland und in der EU entsteht sowie erhalten werden kann, hängt wesentlich von der dauerhaften Wettbewerbsfähigkeit hiesiger Unternehmen im Vergleich zu anderen Weltregionen und vom dortigen Wachstum des Umweltmarktes ab.

### *Der Staat muss beim Umweltschutz glaubwürdig sein*

Zu erwähnen ist schließlich noch ein weiterer Punkt: Ob die Menschen Maßnahmen zum Schutz der Umwelt akzeptieren, hängt auch von der Glaubwürdigkeit des Staates hinsichtlich seines eigenen Umweltverhaltens ab. Politikerinnen und Politiker sind – ob sie es nun wollen oder nicht – für viele Vorbilder. Das merkt man schon daran, dass so mancher Bürger sein eigenes (Fehl-) Verhalten mit dem Verhalten „der da oben“ relativiert, ja rechtfertigt.

Das Geld – etwa über die Ökosteuer – immer stärker „ökologisch“ einzunehmen, es aber „unökologisch“ auszugeben, trägt nicht weit. Der Staat muss auch bei seinen Ausgaben „ökologisch“ handeln, etwa indem er umweltschädliche Subventionen endlich zurückfährt oder ganz streicht und bei seiner Beschaffung und seinen Bauten strikte ökologische Kriterien anlegt. Vor diesem Hintergrund ist es wünschenswert, dass sich die Bundesregierung mit ihrem Ziel durchsetzt, die Eigenheimzulage zu streichen. Einst bau- und siedlungspolitisch begründet, sind die negativen Wirkungen auf die Umwelt durch Flächenverbrauch und zusätzlichen Verkehr heute einfach zu hoch geworden.

Welche umweltpolitischen Themen stehen jetzt und zukünftig auf der Tagesordnung?

#### *Vorrangige Zukunftsaufgabe: Klimaschutz*

Die national und international vorrangige umweltpolitische Aufgabe ist der Schutz des Klimas. Im Wesentlichen müssen zwei Fragen beantwortet werden: Wie stellen wir uns auf den Klimawandel ein? Und wie können wir ihn, obwohl nicht zu verhindern, doch so verlangsamen, um Zeit für Anpassungen zu gewinnen?

Klar ist erstens, dass wir den Ausstoß der Treibhausgase weiter senken müssen, um Schlimmeres zu verhindern. Für Deutschland bedeutet das: Fortschreibung des nationalen Klimaschutzprogramms aus dem Jahr 2000 im Anschluss an den im Frühjahr 2004 vorgelegten nationalen Allokationsplan für den Emissionshandel 2005-2007. Mit dem Emissionshandel hat Brüssel ein effektives und effizientes Instrument zum Klimaschutz auf den Weg gebracht. Das ist zu begrüßen, zeigt es doch, dass Klimaschutz nicht allein mit staatlichen Vorgaben machbar ist, sondern – bei klarem Umwelthandlungsziel – marktliche Anpassungen für kostengünstige Anpassungen nutzen kann.

Klar ist zweitens, dass wir die Energie, die wir haben, besser nutzen und die erneuerbaren Energien weiter ausbauen müssen. Deutschland hat große Fortschritte bei der Nutzung der erneuerbaren Energien gemacht. Auf diesem Pfad sollten wir weiter vorangehen, etwa indem wir die biogenen Energieträger stärker einsetzen – da, wo es Sinn hat. Zurzeit werden die Weichen in der Energiepolitik für die kommenden Jahrzehnte gestellt. Ein Gutteil des

Kraftwerksparks wird erneuert werden. Das bietet die Chance, die Energieversorgung umzustellen, zu modernisieren und langfristige Versorgungssicherheit und eine größere Unabhängigkeit herzustellen.

Nachholbedarf sehe ich in diesem Zusammenhang bei der rationellen Energiewandlung und Energienutzung. Wir sollten die anstehende Erneuerung des Kraftwerksparks für effizientere Wandlungstechnik und dezentrale Kraft-Wärme-Kopplung nutzen. „Kraftwerk aus, Windrad an“, eine solche simple Logik funktioniert nicht. Wir müssen die Energie, die wir zur Verfügung haben, besser ausnutzen. Dazu gehört auch, Energie zu sparen. Hier gibt es gerade in den privaten Haushalten noch große Potenziale. Allein für die Leerlaufverluste von Elektrogeräten und PCs in Büros und Haushalten geben wir pro Jahr etwa 3,5 Milliarden Euro aus. Das zeigt, dass Stromsparen nicht nur gut für die Umwelt ist, sondern auch für das Portmonee. Energie rationeller nutzen und Energie sparen: Falls uns dies gelänge, könnten wir den Anteil von Wind, Wasser, Sonne und Biomasse an der Energieerzeugung spürbar weiter steigern.

Was wir, drittens, brauchen, ist eine Schadensabwehr gegenüber Klimafolgen – in Deutschland, Europa und weltweit. Die Bundesregierung hat dies erkannt und schenkt der „Klimafolgenforschung“ mehr Augenmerk. Das ist gut so. Zukünftig wird es darüber hinaus darauf ankommen, die Klimafolgenforschung in ganz Europa zu verstärken. Bislang haben wir zum Beispiel kaum Prävention gegenüber gesundheitlichen Folgen längerer Hitzeperioden. Wir müssen herausfinden, welche neuartigen mikrobiologischen Krankheitserreger als mögliche Seuchenquellen entstehen, um rechtzeitig vorbeugen zu können.

Die andere große Herausforderung nach Klimaschutz und Energiepolitik ist die dauerhafte Unterstützung der neuen Mitgliedsländer, der Beitrittskandidaten und Nachbarn der Europäischen Union. Wir müssen helfen, dort die zum Teil beängstigenden Umweltschäden zu beseitigen, damit sich die Lebensverhältnisse von Millionen Menschen alsbald verbessern. Das heißt auch, dass wir diesen Ländern bei der Übernahme der europäischen Umweltstandards durch Beratung zur Seite stehen müssen. Unsere Standards werden sicherlich nicht von heute auf morgen oder eins zu eins auf ganz Europa übertragbar sein. Doch sollte der Ausblick auf bessere

Lebensverhältnisse und die ökonomischen Chancen dieses Sanierungsprogramms Ansporn genug sein, die Übergangszeit nicht zu lang werden zu lassen.

### *Immer wichtiger: Umwelt und Gesundheit*

Wir beobachten seit längerem einen steigenden politischen Stellenwert und wachsende Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit für das Thema „Umwelt und Gesundheit“. Die Bundesregierung hat nach 1998 das von den damaligen Bundesministern Merkel und Seehofer initiierte „Aktionsprogramm Umwelt und Gesundheit“ neu belebt und seine Ziel stärker konturiert. Auch international hat das Thema an Bedeutung gewonnen. Hier am Ball zu bleiben, eröffnet die Chance für mehr Gesundheitsschutz – nicht nur in Deutschland. Die wichtigsten Themen sind aus meiner Sicht:

- Die Innenraumlufthygiene – vor allem mit Blick auf Einrichtungs- und Bauprodukte. Wir verbringen den Großteil des Tages in Gebäuden. Die Gesundheitsbelastungen in Innenräumen so gering wie möglich zu halten, ist deshalb ein elementarer Beitrag zu mehr Lebensqualität.
- Kinder sind gefährdeter als andere Altersgruppen. Wie kann man Kinder besonders schützen? In welchen Bereichen brauchen Kinder mehr Schutz? Auf solche Fragen brauchen wir Antworten.
- Gesundheitsvorsorge durch Verbesserung der Umgebungsluft; Stichworte sind hier Feinstaub und Sommersmog.
- Der Schutz vor Lärm: Lärm ist nicht nur lästig, er kann auch krank machen. Verkehr, Musik, Maschinen ... Es gibt zahlreiche Quellen, an denen Lärminderungen möglich sind.

Es gibt noch eine Reihe weiterer Umweltthemen, die in den kommenden Jahren „drücken“ könnten. Als eines von vielen nenne ich den Bodenschutz, sowohl in quantitativer als auch in qualitativer Hinsicht. Bei Luft und Wasser war (fast) alles bedacht, erforscht und geregelt, ehe Mitte der 1990er Jahre endlich der Boden in den Fokus der Umweltpolitik geriet. Das Ziel ist klar: Wir müssen die vielfältigen Funktionen der Böden erhalten. Eine schleichende Schadstoffanreicherung durch direkte Stoffeinträge – Schwermetalle und bestimmte organische Schadstoffe, etwa aus Klär-

schlüssen und Wirtschaftsdüngern – oberhalb der Vorsorgewerte darf es nicht mehr geben. Wir brauchen weniger physikalische Belastungen (wie Verdichtungen) und weniger über die Luft übertragene Schwermetalle sowie versauernd und überdüngend wirkende Stoffe. Eine weitere Herausforderung liegt in der Verringerung der zusätzlichen Flächeninanspruchnahme für Siedlungen und Verkehr. Dies ist nicht nur eine notwendige Voraussetzung, um die biologische Vielfalt in der Fläche zu erhalten; die Erschließung weiterer Siedlungs- und Verkehrsflächen liegt auch konträr zum prognostizierten Bevölkerungsrückgang. Weniger Menschen bedeuten bei wachsendem Flächenverbrauch, verbunden mit massiver Stadtflucht, steigende Kosten und Gebühren für Infrastrukturleistungen.

### *Fazit*

An Themen und Aufgaben mangelt es der zukünftigen Umweltpolitik also nicht. Eine der größten Herausforderungen dürfte darin bestehen, die Bedeutung der oftmals sehr komplexen, wenig sinnlichen sowie mehr und mehr internationalen Themen den Menschen nahe zu bringen. Niklas Luhmann hat einmal gesagt, dass Themen, über die in der Gesellschaft nicht geredet wird, für die Gesellschaft keine Bedeutung haben. Recht hat er. Wir sollten intensiver daran arbeiten, dass über den Umweltschutz geredet wird. Denn die Öffentlichkeit ist unser stärkster Verbündeter.